

Presseinformation

Nr. 124-5

Wiesbaden, 22. Dezember 2020

Wichtige Hilfe inmitten der Corona-Krise: Main-Kinzig-Kreis und seine Kommunen erhalten mehr als 287 Mio. € aus Kommunalem Finanzausgleich

Finanzminister Boddenberg veröffentlicht Planungsdaten zum KFA 2021

Über 22 Mio. € kommen aus Kommunalpakt des Landes

„Der Main-Kinzig-Kreis und seine Kommunen erhalten 2021 aus dem Kommunalen Finanzausgleich des Landes über 287 Millionen Euro. Mehr als 22 Millionen Euro davon gehen aus dem Kommunalpakt des Landes in den Kreis“, sagte heute Hessens **Finanzminister Michael Boddenberg**. „Mit dem Kommunalpakt fangen wir auf, was die Corona-Krise eigentlich an Löchern in den Kommunalen Finanzausgleich gerissen hätte. Das kommt dem Main-Kinzig-Kreis und jeder seiner Kommunen zugute.“

Boddenberg veröffentlichte heute die Planungszahlen aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2021, die zuvor bereits den Kommunen mitgeteilt worden waren. Der Main-Kinzig-Kreis und seine Kommunen können demnach mit folgenden Schlüsselzuweisungen aus dem KFA rechnen:

Kommune	Schlüsselzuweisungen in Euro		Verbesserung
	ohne Kommunalpakt	mit Kommunalpakt	
Bad Orb	4.841.820	5.042.320	200.500
Bad Soden-Salmünster	8.449.637	8.714.530	264.893

Birstein	2.217.164	2.311.774	94.610
Brachtal	1.687.859	1.765.219	77.360
Bruchköbel	10.103.013	10.497.403	394.390
Erlensee	6.587.480	6.837.316	249.836
Flörsbachtal	958.408	994.509	36.101
Freigericht	4.622.094	4.853.864	231.770
Gelnhausen	4.473.907	4.920.923	447.016
Großkrotzenburg	3.119.249	3.240.743	121.494
Hammersbach	1.186.860	1.260.500	73.640
Hanau	60.596.793	62.856.206	2.259.413
Hasselroth	2.120.716	2.238.268	117.552
Jossgrund	822.076	874.242	52.166
Langenselbold	3.062.027	3.290.225	228.198
Linsengericht	1.399.869	1.559.495	159.626
Maintal	16.689.948	17.451.978	762.030
Neuberg	1.622.301	1.705.026	82.725
Nidderau	5.984.767	6.323.656	338.889
Rodenbach	3.814.729	3.995.607	180.878
Ronneburg	939.870	992.289	52.419
Schlüchtern	8.483.450	8.798.390	314.940
Schöneck	2.887.381	3.079.907	192.526
Sinntal	4.162.601	4.309.601	147.000

Steinau an der Straße	3.527.674	3.699.556	171.882
Wächtersbach	7.364.077	7.613.216	249.139
Main-Kinzig-Kreis	93.356.616	107.886.489	14.529.873
Main-Kinzig-Kreis und seine Kommunen in Summe	265.082.386	287.113.252	22.030.866

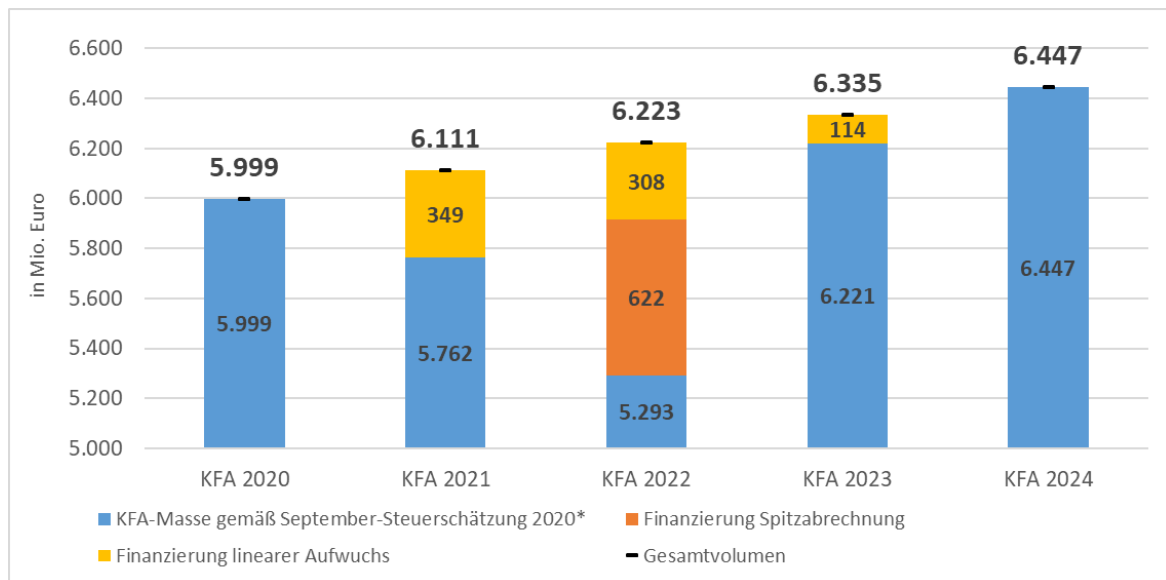
Auch Biebergemünd, Gründau und Niederdorfelden profitieren vom Kommunalpakt. Durch ihn sinken die Beiträge zur Solidaritätsumlage auf 6,58 Millionen Euro (Biebergemünd), 1,06 Millionen Euro (Gründau) bzw. 0,35 Millionen Euro (Niederdorfelden). Die Solidaritätsumlage zahlen Kommunen, deren Steuerkraft weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Sie kommt den ärmeren Kommunen in Hessen zugute.

„Hessenweit steigt der Kommunale Finanzausgleich 2021 auf das Rekordhoch von 6,111 Milliarden Euro. Mitten in der Corona-Krise sind diese Einnahmen für die Kommunen wichtiger denn je. Sie sorgen für Stabilität und Planungssicherheit in all den Orten, in denen wir leben. Der erneute Anstieg trotz krisenbedingt wegbrechender Steuereinnahmen geht auf den Kommunalpakt zurück, mit dem das Land 3 Milliarden Euro eigenes Geld in die Hand nimmt, um die Kommunen in Hessen zu unterstützen. 350 Millionen Euro davon sorgen dafür, dass der KFA 2021 nicht einbricht, sondern weiter steigt“, sagte der Finanzminister.

Die Hessische Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände hatten sich über die Verteilung der für die Kommunen vorgesehenen Mittel aus dem Sondervermögen **Hessens gute Zukunft sichern** verständigt. Daraus sind Hilfen des Landes von 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen in Hessen zur Bewältigung der Corona-Krise vorgesehen. Durch weitere Vereinbarungen erhöht sich das Volumen des Kommunalpakts auf mehr als 3 Milliarden Euro.

Der Kommunalpakt umfasst insbesondere wichtige Einigungen zum Kommunalen Finanzausgleich (KFA). Wegen der Corona-Krise muss das Land massive Steuerausfälle hinnehmen. Das hat auch Konsequenzen für die Kommunen, da der Kommunale Finanzausgleich maßgeblich von den Steuereinnahmen des Landes abhängt. In der folgenden Grafik ist blau dargestellt, wie sich der KFA in den kommenden Jahren entwickeln würde, wenn vor allem das Sondervermögen

Hessens gute Zukunft sichern dem nicht entgegenwirken würde: Die Kommunen müssten deutliche Ausfälle im KFA hinnehmen.



* Einschließlich der voraussichtlichen negativen Spitzabrechnung des Jahres 2020 im Jahr 2022.

Land und Kommunen haben sich aber darauf verständigt, den Kommunalen Finanzausgleich zu stabilisieren. Das Land gibt insgesamt nahezu 1,4 Milliarden Euro aus, um nicht nur Einbrüche abzuwenden, sondern den KFA bis 2024 jährlich um 112 Millionen Euro kontinuierlich steigen zu lassen. Diese Hilfen sind in der Grafik gelb und orange dargestellt. 1,1 Milliarden Euro davon kommen aus dem Sondervermögen, rund 300 Millionen Euro aus dem Kernhaushalt.

„Ohne die Hilfe des Landes würde der Kommunale Finanzausgleich Corona-bedingt dramatisch einbrechen. Statt des zu erwartenden Einbruchs können die Kommunen nun inmitten der Krise sogar mit stetig steigenden Einnahmen rechnen. Damit leistet das Land einen entscheidenden Beitrag für Stabilität und Vertrauen, der sich schon 2021 ganz konkret in den Kassen der Kommunen wiederfindet“, sagte Boddenberg.

Mit welchen Schlüsselzuweisungen aus dem KFA jede einzelne Kommune 2021 rechnen kann und wie hoch der Anteil des Kommunalpakts daran ist, ist der interaktiven Karte im Internetangebot des Finanzministeriums zu entnehmen:

<https://finanzen.hessen.de/finanzen/kommunaler-finanzausgleich/karte>.

Hintergrund:

Um ermitteln zu können, in welchem Umfang jede einzelne Kommune beim KFA vom Kommunalpakt profitiert, bedurfte es einer Vergleichsberechnung: Zu diesem Zweck wurde der KFA auf Basis der September-Steuerschätzung 2020 so berechnet, als gäbe es keinen Kommunalpakt und damit keine Änderung des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes. Auf Basis des sich daraus ergebenden KFA-Volumens in Höhe von 5,762 Milliarden Euro wurden die individuellen Schlüsselzuweisungen ermittelt (2. Tabellenspalte) und mit den aktuellen Planungsdaten (3. Tabellenspalte) verglichen.

Mit dem **Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz** hat das Land das Sondervermögen **Hessens gute Zukunft sichern** eingerichtet. Es soll Hilfen zur Beseitigung der direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise finanzieren und weitere Schäden verhindern. Dafür können in den kommenden Jahren bis zu 12 Milliarden Euro an Krediten aufgenommen werden, auch um milliardenschwere Steuerausfälle des Landes auszugleichen und die Kommunen finanziell zu unterstützen. Kommt Hessen besser durch die Krise, wird weniger Geld benötigt. Mit der Rückzahlung beginnt Hessen so oder so bereits im kommenden Jahr. Weitere Information gibt es auf: gutezukunft.hessen.de.
